

Volks-Zeitung

Die Räumung muss kommen! — Gnadengesuche für die Moskauer Verurteilten — Mord im Walde



Die Stadt Berlin gibt den daheimgebliebenen Kindern Gelegenheit sich den ganzen Tag im Freien zu tummeln Weiß photo.



Ein Heine-Museum — Das Geburtshaus Heinrich Heines in Düsseldorf wird in ein Heine-Museum umgewandelt Photothek



Grosse Aufregung an der Brüsseler Börse über den Unfall des Finanziers Löwenstein Zellw.



Eine Frau gegen sieben kräftige Männer — Miss Whody, ein weiblicher Breitbart, tritt augenblicklich in Berlin auf Sennsch.

Der Ruf nach Rheinland-Räumung

Neue Stimmen für die Geste des Friedens: „Daily Chronicle“, Lord Robert Cecil, Gustave Hervé

LONDON, 7. Juli.
Der liberale „Daily Chronicle“ fordert heute die Alliierten auf, der neuen deutschen Regierung, in der Frage der Rheinland-räumung entgegenzukommen. Dies würde die Alliierten nichts kosten, für Deutschland und die Welt aber von grossem Nutzen sein. Im heutigen Deutschland herrsche eine durchaus verständliche Stimmung, die die Alliierten dadurch stärken sollten, dass sie den Deutschen auf halbem Wege entgegenkämen.

Welchen Eindruck dies auf Deutschland machen würde, könne man aus der Rede des Reichskanzlers Müller entnehmen, die beweise, wie schwerwiegend die „ausserpolitischen“ Probleme auch noch heute für Deutschland seien. Deshalb fordert „Daily Chronicle“ unter Hinweis auf die augenblicklich in London tagende Konferenz der englischen Nie-wider-Krieg-Bewegung die Regierung auf, den Kellogg-Pakt so rasch wie möglich zu unterzeichnen.

Derselbe Ruf erging von Lord Cecil, der auf der Pazifistenkonferenz ausführte, er könne nicht begreifen, worauf die Regierung noch warte, um ihre Unterschrift unter den Friedenspakt zu setzen, und der auch im heutigen „Spectator“ auf das entschiedenste für den Kellogg-Pakt eintritt.

PARIS, 7. Juli. (W. T. B.)
Gustave Hervé, der vor dem Kriege radikaler Sozialist war und während des Krieges radikaler Nationalist wurde, tritt heute in der „Victoire“ wiederum für eine sofortige Räumung der Rheinlande ein und schreibt:

„Wenn in diesem Augenblick das republikanische Frankreich den Mut und die Klugheit besitzen würde, zugunsten des republikanischen Deutschland die grosse Vertrauensgeste zu machen, die einen ungeheuren Widerhall in ganz Deutschland finden und die moralische Stellung Frankreichs in der gesamten Welt vergrössern würde,

dann würde die politische Atmosphäre in Europa sofort gereinigt werden.

Man riskiert nichts, weder im Hinblick auf die Sicherheit, noch im Hinblick auf die Zahlungen, die man uns schuldet. Im Gegenteil, man vergrössert unsere Sicherheit und die Sicherheit unserer Zahlungen, indem man diese Geste der Befriedung und Entspannung unternimmt. Und Polen, an dessen Angelegenheiten wir ebenso denken, wie an unsere eigenen, wird auch hieraus Nutzen ziehen. Mit dem republikanischen Deutschland wird die

gute und heilsame Methode, die unfehlbare Methode der Politik der entgegengestreckten Hand sein.“

Die Kriegsschuldenregelung muss kommen!

LONDON, 7. Juli.
Die unabhängige Wochenzeitschrift „New Statesman“ schreibt: Heute sind die Gefahren eines wirtschaftlichen Zusammenbruches in Deutschland wahrscheinlich nicht grösser als in England.

Aber es ist unsinnig, dass Deutschland zehn Jahre nach dem Kriege noch immer nicht weiss, wieviel es insgesamt schuldig ist.

Es würde ein grosser Fortschritt sein, wenn dieses Problem aus der Sphäre internationalen Streites sobald wie möglich entfernt werden könnte. Aber hierbei ist amerikanische Mitarbeit unerlässlich, und man muss hoffen, dass nach Beendigung des Wahlverfahrens der neue Präsident in der Lage sein wird, eine Konferenz für eine endgültige Regelung aller Kriegsschuldenfragen einzuberufen.

Demokratische Internationale Der Kongress in London

LONDON, 5. Juli. (Eigener Bericht.)

Es ist ein charakteristisches Zeichen für das Engeraneinanderdrücken der Völker, dass Internationalen heute bestehen, die es vor dem Kriege nicht gab. Nicht nur die Arbeiter, die Gewerkschafter, die Wissenschaftler und die Kriegsteilnehmer, die im Kampfe einander gegenüberstanden, reichen sich jetzt die Friedenshand zu gemeinsamer Arbeit für die Menschheit, — auch die grossen nicht-sozialistischen Faktoren des politischen internationalen Lebens rücken einander näher. Freilich die Internationale der Nationalisten existiert nur insofern, als sich die Vertreter des Chauvinismus überall unbewusst in die Hände arbeiten! Aber seit einigen Jahren haben sich die demokratischen Kräfte der europäischen Kulturländer zu gemeinsamem Gedankenaustausch gefunden. Nachdem die französischen Radikalsocialisten unter Herriot den Anfang gemacht, ist nunmehr auch die liberale Partei Englands der Internationalen demokratischen Union beigetreten, und Lloyd George hat die Delegationen der einzelnen Länder in diesem Jahre nach England geladen, um damit zum Ausdruck zu bringen, wie stark sich die englischen Liberalen den kontinentalen Demokraten geistig verbunden fühlen.

Heute Abend gab bereits der Führer der Liberalen im Oberhaus, Marquis Beauchamp, einen Empfang. Seine Gattin, Countess Beauchamp, hatte geladen, und es war ein gesellschaftlich glänzendes Bild, das sich den Gästen in dem prachtvollen Holkyn House bot. Die englische liberale Partei war wohl völlig vertreten.

Die Liste der Delegierten weist ferner Namen aus Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Holland, Polen, Schweden und der Schweiz auf. Aus Deutschland sind u. a. erschienen Professor Bonn, Dr. Weinburg, Justizminister Koch-Weser, Dr. Peter Reinhold, Ernst Lemmer, Wilhelm Heile, mehrere preussische und zwei badische Landtagsabgeordnete, sowie der badische Kultusminister Leers und Oberbürgermeister Luppe (Nürnberg).

Zum Rapport bestellt

Wilhelm behandelte Richter und Abgeordnete wie Unteroffiziere

Obwohl im heutigen Staat den Beamten die politische Meinungsfreiheit grundsätzlich eingeräumt ist, die nur an den Pflichten des Beamten dem Staate gegenüber eine natürliche und selbstverständliche Grenze findet, wird von der monarchistischen Reaktion immer wieder versucht, die Beamten gegen den freiheligen Gegenwartsstaat aufzuheben. Die Lobredner der „guten alten Zeit“ übersehen, dass es eine politische Ueberzeugungsfreiheit für die Beamten im kaiserlichen Deutschland überhaupt nicht gab. Einen sehr bezeichnenden Beweis dafür liefert ein vom „Vorwärts“ heute wiedergegebenes Schreiben Wilhelms II. an den damaligen Justizminister Beseler, in dem der Zentrumsführer Spahn zum Rapport bestellt wird, weil er es gewagt hatte, als Zentrumsabgeordneter namens seiner Fraktion eine 5-Millionen-Forderung zum Bau einer Bahn in Südwestafrika, die für die Kriegführung gegen die Hereros als „dringend“ bezeichnet wurde, abzulehnen. Wilhelm glaubte zu seinem Befehl an den Abgeordneten Spahn deshalb ein Recht zu haben, weil Spahn Oberlandesgerichtsrat war! In dem Schreiben an Beseler heisst es:

„Das Benehmen Spahns gegenüber der Armee, die er durch seine unerhörten Reden tief verletzt hat, veranlasst mich, Sie zu beauftragen, den p. Spahn zum Rapport zu bestellen. Sie haben ihm klar zu machen, dass er ein königlich preussischer Beamter ist, und als solcher nicht die Befugnis hat, irgendwelche beleidigenden Aeusserungen über die Armee zu machen, besonders nicht über solche Truppenteile, die sich im Kriegszustand vor dem Feinde befinden. Solche Aeusserungen treffen zugleich seinen König als obersten Kriegsherrn mit. Falls der p. Spahn sich damit herauszureden suchen sollte, dass er nicht nur Beamter, sondern auch Parlamentarier und zugleich Führer der grössten Partei des Reichstags sei, so haben Sie ihm klar zu machen, dass es besser ist, sich künftighin nur seiner Partei an-

Wenn ein Aktenschrank zusammenbricht

Der Briefwechsel Lassalles mit Bismarck aufgefunden
Soziale Frage und allgemeines Wahlrecht

Die Treppenwitz der Weltgeschichte nehmen kein Ende. Seit 50 Jahren suchen die Geschichtsschreiber unserer neuesten Zeit den Briefwechsel, den der Sozialistenführer Lassalle in der sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts mit dem Fürsten von Bismarck führte, und fanden ihn nicht. Da brach vor einigen Monaten im preussischen Staatsministerium ein uralter Aktenschrank aus Altersschwäche zusammen, vergilbte Aktenbündel lagen auf dem Boden herum und unter ihnen befand sich der längst verschollen geglaubte Briefwechsel zwischen Bismarck und Lassalle.

Man wusste längst, dass Lassalles Schwiegersohn, von Türk, nach dem Tode des Sozialistenführers die Originale Bismarck zurückgab. Dieser legte sie sorgsam in eine Mappe und liess sie in einem Geheimschrank des Staatsministeriums niederlegen. Hier ruhten sie, bis der Schrank, seiner Last müde, zusammenbrach.

Aus dem Briefwechsel ergibt sich, dass die Anregung zu den Aussprachen und zu dem Briefwechsel von dem damaligen preussischen Ministerpräsidenten von Bismarck ausging.

Der erste Brief Bismarcks soll wegen seiner parteigeschichtlichen Bedeutung im Wortlaut hier wiedergegeben werden:

„Berlin, 11. Mai 1863.
Euer Wohlgebornen beschriebliche ich ergeben, dass es mit Rücksicht auf die über die Verhältnisse der arbeitenden Klassen schwebenden Beratungen in der (meiner) Absicht liegt, die gutachtlichen Aeusserungen unabhängiger Männer, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, zu hören. Aus diesem Grunde würde es mir erwünscht sein, wenn Euer Wohlgebornen mir Ihre Ansichten über den Gegenstand mitteilen wollten.“

Die erste Begegnung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Sozialistenführer fand am 12./oder 13. Mai des Jahres 1863 statt. Lassalle entwickelte wunschgemäß sein soziales Pro-

widen, wenn er in Lagen, wie der gegenwärtigen, wo er zwischen dem Beamten des Königs von Preussen und dem Führer des Zentrums zu wählen hat, stets für letzteres optiert. Seiner Lust zu Invektiven braucht er dann keine Zügel mehr anzulegen. Sollte er aber Wert auf seine Beamtenstellung legen, so müsse er seine Zunge demgemäss im Zaume halten.“

Das heisst mit anderen Worten: Wenn der beamtete Abgeordnete nicht so stimmt, wie es Wilhelm genehm ist, so fliegt er aus dem Amt. Richterliche Unabhängigkeit und Beamtenrechte waren Vokabeln, die es in Wilhelms Sprachschatz nicht gab.

Dankend abgelehnt. Wie aus Lüneburg verlautet, hat der dortige Regierungspräsident Lüdemann, der als Hauptanwärter für die zurzeit vakante Stelle des Oberpräsidenten von Niederschlesien in Aussicht genommen war, gebeten, von seiner Ernennung zum Oberpräsidenten abzusehen und ihn auf seinem jetzigen Posten zu belassen.

Vna sind wir beruhigt. Wie eine Wiener Korrespondenz von massgebender Seite erfährt, beruht die in der Presse verbreitete Mitteilung, dass Prinz von und zu Liechtenstein auf die Thronfolge im Fürstentum Liechtenstein verzichtet hat, nicht auf Wahrheit.

Schnelldienst

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat als persönlichen Beitrag für die Völk-Kart-Expedition zur Auffindung des Flugzeuges „Latham“ dem Hilfskomitee der norwegischen Zeitungen 1000 Kronen geschenkt. Der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, ist in Berlin eingetroffen, um mit dem Auswärtigen Amt und den beteiligten Ministerien die Voraussetzungen für die Fortsetzung der deutsch-polnischen Verhandlungen zu prüfen.

Die Vertreter der Angestellten-schaft in der Deutschen Nationalen Partei Bayern in München erhoben Protest gegen den beantragten Anschluss Lamachus aus der

Das afghanische Königspaar hat von Kabul aus dem Reichspräsidenten telegraphisch für die Aufnahme in Deutschland gedankt, worauf der Reichspräsident seine Glückwünsche zur Heimkehr ausgesprochen.

Gnadengesuch für die fünf „Minderwertigen“

MOSKAU, 6. Juli. (W. T. B.)

Die Verteidiger der im Schachtz-Prozess zum Tode verurteilten Ingenieure, Gorletski, Jussewitsch, Bojarinow, Budny und Kreschshenowski haben beim Zentralrevolutionskomitee für die Verurteilten ein Gnadengesuch eingereicht.

Das kommt davon!

DORTMUND, 7. Juli.

Die sozialdemokratische Fraktion hat an den Oberbürgermeister ein Schreiben gerichtet, in dem sie gegen die Anordnungen der Schulverwaltung und gegen die offiziellen Empfangsfeierlichkeiten für die Ozeanflieger, die von der Stadtverwaltung vorbereitet sind, Einspruch erhebt, nachdem bekannt geworden ist, dass die Ozeanflieger einen Besuch im Haus Doorn abgestattet haben und rechtstehende Verbände wie Stahlhelm usw. die Empfangsfeierlichkeiten zu republikanischer Propaganda ausnutzen.

Noch ein Befreier verurteilt

LEIPZIG, 7. Juli. (W. T. B.)

Im Prozess gegen Georg Semmelmann aus München wegen der Befreiung des kommunistischen Schriftstellers Braun, der von dem Prozess gegen die übrigen Kommunisten abgetrennt worden war, wurde vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts heute mittag folgendes Urteil gefällt: Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz, wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Urkundenfälschung, Betrug und einigler anderer Vergehen zu insgesamt 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Acht Monate gelten durch die Untersuchungshaft als verbüsst.

